

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 76

Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?

Herausgegeben von

Lothar Mertens



Duncker & Humblot · Berlin

LOTHAR MERTENS (Hrsg.)

**Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor
von Modernisierung in der Wissenschaft?**

SCHRIFTENREIHE
DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG
BAND 76

Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?

Herausgegeben von

Lothar Mertens



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von
Modernisierung in der Wissenschaft?** / Hrsg.: Lothar Mertens. –
Berlin : Duncker und Humblot, 2001
(Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung ; Bd. 76)
ISBN 3-428-10454-4

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0935-5774
ISBN 3-428-10454-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☹

Vorwort

Dieser Sammelband enthält die Referate der Tagung „*Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?*“, die vom 6.-9. April 1998 in der Akademie für politische Bildung, Tutzing, anlässlich einer Kooperationstagung der Fachgruppe Sozialwissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung e.V. mit der Akademie für politische Bildung, Tutzing, stattfand.

Ziel dieser interdisziplinären geisteswissenschaftlichen Tagung war es, beispielhaft zu untersuchen, welche Bedeutung ein politischer Systemumbruch bei der Modernisierung von Wissenschaft zukommt. Da es in Deutschland in diesem Jahrhundert neben zwei Demokratien auch zwei politisch unterschiedlich ausgerichtete Diktaturen gab und um die Vergleichbarkeit zu erhöhen, erfolgte eine territoriale Beschränkung auf Deutschland. Für die Anfangsjahre der drei Phasen Drittes Reich, Nachkriegsjahre 1945-49 sowie vereinigtes Deutschland seit 1990 wurden dabei inhaltlich jeweils eine Wissenschaftsdisziplin, eine Forschungs- oder Förderinstitution sowie eine Universität exemplarisch untersucht.

Der kurzfristige krankheitsbedingte Ausfall zweier Referenten konnte dadurch wettgemacht werden, dass freundlicherweise Prof. Dr. Manfred Heinemann (Hannover) bereits während der Tagung ein zweites Referat über den Wiederbeginn der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vortrug und auch schriftlich einreichte. Um die ursprüngliche dreigliederige Konzeption zu wahren, hat der Herausgeber für die Drucklegung zusätzlich die personelle Umstrukturierung der Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR bearbeitet und hinzugefügt.

Trotz aller epochaler und inhaltlicher Unterschiede dokumentieren alle Beiträge den großen Einfluß des politischen Systemumbruchs auf das untersuchte wissenschaftliche Subsystem; auch wenn der politische Systemumbruch keineswegs immer zu einem Modernisierungsfaktor von Wissenschaft wurde. Daher bleibt im Titel des vorliegenden Tagungsbandes das Fragezeichen bewußt stehen, denn die Vorträge und die anschließenden Diskussionen im Plenum zeigten immer wieder, wie ambivalent die Entwicklungen in den Phasen der Systemumbrüche waren und wie multikausal die Erklärungsansätze bleiben. Die Intention dieses Sammelbandes ist daher weniger die Frage abschließend beantworten zu wollen, als für notwendige weitere Diskussionen fundiertes Material zur Verfügung zu stellen.

Bochum, im Herbst 2000

Lothar Mertens

Inhalt

Carsten Klingemann	
Moderne Soziologie im Dienst des Nationalsozialismus.....	9
Lothar Mertens	
Das Führerprinzip in der Forschungsförderung. Der politische Einfluss auf die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft im Dritten Reich 1933-1937.....	33
Helmut Böhm	
Die Universität München nach 1933.....	73
Lothar Mertens	
Von Priestern der Klio zu Sprachrohren der Partei. Die personelle Umstrukturierung der Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945/46 bis 1958.....	101
Manfred Heinemann	
Überwachung und „Inventur“ der deutschen Forschung. Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 und die alliierte Forschungskontrolle im Bereich der Kaiser-Wilhelm-/ Max-Planck-Gesellschaft (KWG/MPG) 1945-1955.....	167
Manfred Heinemann	
Auf dem Weg zur Volks-Universität: Die Friedrich-Schiller-Universität Jena 1948.....	201
Ralf Walkenhaus	
Zäsur 1989? Die Situation der Politikwissenschaft seit der deutschen Vereinigung.....	233
Gerhard Neuweiler	
Der Wissenschaftsrat nach 1990.....	263
Günther Wartenberg	
Probleme der Transformation ostdeutscher Hochschulen nach 1990.....	277
Verfasser.....	287

Moderne Soziologie im Dienst des Nationalsozialismus

Carsten Klingemann

I. Einleitung

Die Ausgangsthese lautet, dass es durch die Neuorientierung auf die empirische Sozialforschung zu einer Modernisierung der deutschen Soziologie nach 1933 kam, wodurch auch wesentliche Grundlagen für die Entwicklung der Nachkriegssoziologie in Westdeutschland geschaffen wurden. Diese Auffassung soll vorab mit zwei dezidierten Gegenpositionen konfrontiert werden, auf die im Folgenden häufiger Bezug genommen wird. Bei M. Rainer Lepsius heisst es:

„Die Soziologie unter dem Nationalsozialismus zeichnet sich nun dadurch aus, daß in ihr ‚anti-soziologische‘ Erkenntnisprogramme eine prominente Funktion gewinnen. In der Rassentheorie wird die Debatte über Anlage und Umwelt zugunsten der Anlagehypothese geschlossen und damit die analytisch isolierbaren sozialen Bedingungsfaktoren menschlichen Handelns ausgeschlossen. In der Theorie der geschichtlichen Subjekthaftigkeit des Volkes wird eine mythische ‚Ganzheit‘ zum Objekt der sozialen Reflexion erhoben, die sich einer soziologischen Analyse entzieht. In der Idee, daß sich die Wirklichkeit durch die Tat konstituiert, wird die Strukturbedingtheit der Organisation der Gesellschaft durch einen voluntaristischen Idealismus ersetzt. In der Betonung von Integration, Synthese, ‚Gemeinschaft‘ tritt das Bestreben nach Abwehr der Modernisierung hervor.“ (Lepsius 1981a, S. 19)

Diese Aussage trifft Lepsius ohne Einschränkung im Indikativ, obwohl sie meiner Meinung nach nur eine Umformulierung von programmatischen Versatzstücken der NS-Weltanschauung darstellt. Um an dieser Stelle nur ein Beispiel zu nennen: Selbst dort, wo Soziologen wie Karl Valentin Müller „rassentheoretisch“ argumentieren, bedeutet dies nicht zwangsläufig die Schliessung der Debatte über Anlage und Umwelt zugunsten der Anlagehypothese. Wenn Müller im Auftrag der Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag die Germanisierungsfähigkeit der Tschechen untersucht, sind es ausdrücklich deren den Deutschen ähnliche erworbene soziale Fähigkeiten, die es erlaubten, sie „rassentheoretisch“ auf dieselbe Stufe zu stellen (vgl. Müller 1939, 1941). Der wissenschaftliche Leiter der Reinhard-Heydrich-Stiftung, Hans-Joachim Beyer, verfährt ebenso, wenn es gilt, die geschlossene Gruppe der polonisierten „*Wald-deutschen*“ im Generalgouvernement als deutschstämmig zu definieren. Ihre

vorbildliche Wirtschaftsweise sei nämlich ganz eindeutig von der „*polnischen Wirtschaft*“ zu unterscheiden (vgl. Beyer 1942). Um die Position von Lepsius vollständig darzustellen, soll zitiert werden, wie er versucht, sie zu konkretisieren:

„Gegenüber den Erscheinungsformen dieser Modernisierung, Kapitalismus und Industriegesellschaft, Verstärkung und Auflösung struktur homogener Siedlungsverbände, pluralistische Interessenformierung und Konfliktinstitutionalisierung, Differenzierung sozialmoralischer Leitideen und neuer Solidaritätsformen, zeigt die Soziologie unter dem Nationalsozialismus Präferenzen für die Abwertung oder Ignorierung der Industriegesellschaft („Anti-Kapitalismus“), für die Aufwertung dörflicher und ländlicher sozial-kulturell homogener Siedlungsformen („Anti-Massengesellschaft“), für die Abwertung der Konfliktinstitutionalisierung („Anti-Demokratismus“), für die Erhaltung von homogenen Wertloyalitäten („Anti-Intellektualismus“), für die Reduzierung von Solidaritätsformen („Anti-Gesellschaft“). Insofern sich mit diesen moralischen und politischen Einstellungen eine spezifische Selektion von sozialen Faktoren der menschlichen Existenz verbindet, kann von einer Soziologie unter dem Nationalsozialismus nur als von einer einseitig auswählenden Soziologie gesprochen werden. Doch auch für dieses Ergebnis bedürfte es erst des Nachweises, daß überhaupt (in einem engeren Sinne) soziologische Forschungen betrieben worden sind.“ (Lepsius 1981a, S. 19 f)

Nicht erst nachdem Lepsius 1981 diese Feststellung getroffen hat, sind die vermissten Nachweise erbracht worden. In soziologischen Untersuchungen etwa über die Auswirkungen der Industrialisierung auf die ländliche Umgebung von Karlsruhe, wie sie Max Ernst Graf zu Solms-Roedelheim als Doktorand am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften der Universität Heidelberg 1938 vorlegte, findet sich keine Abwertung oder Ignorierung der Industriegesellschaft. Es werden vielmehr die positiven Effekte der Industrialisierung herausgestellt (vgl. Solms-Roedelheim 1938). Auch in den empirischen agrarsoziologischen Arbeiten des sich radikal antisemitisch gebenden Karl Heinz Pfeffer lässt sich keine Aufwertung dörflicher und ländlicher sozial-kulturell homogener Siedlungsformen finden. Er plädiert ebenso wie der gerne als Prototyp des NS-Soziologen apostrophierte Gunther Ipsen für die Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft (vgl. Ipsen 1941), da nur so das Leben auf dem Land eine Zukunft haben könne (vgl. die zusammenfassende Darstellung bei Klingemann 1996, S. 291 ff). Vielleicht hat Lepsius diese Entwicklung der Erforschung von Soziologie und Sozialforschung kommen sehen, da er in dem blossen Nachweis, dass über soziale Fragen und sozial relevante Tatbestände gearbeitet wurde, noch keinen Beweis für die Existenz von Soziologie unter dem Nationalsozialismus erkennt. Denn: „*Die Soziologie konstituiert sich nicht über ein ihr spezifisches Erfahrungsobjekt, sondern über ihre spezifischen Erkenntnisobjekte.*“ (Lepsius 1981a, S. 20) Im Kontext seiner Untersuchung

der Emigration deutscher Sozialwissenschaftler, die sich mit einem Regress in der schon erreichten analytischen Differenzierung der sozialwissenschaftlichen Selbstreflexion verbinde, kommt Lepsius zu dem Schluss, die NS-Soziologie betreibe eine „*Flucht in die vorindustrielle Gesellschaft*“ (Lepsius 1981b, S. 468). Es hat während der Weimarer Republik und selbstverständlich auf Grund der Fehleinschätzung des vermuteten Interesses der neuen Machthaber an sog. völkischer Soziologie insbesondere auch zu Beginn der NS-Herrschaft zahlreiche volkstümelnde Blut-und-Boden-Soziologen gegeben (vgl. Rammstedt 1986). Angesichts der zum Beispiel von Abelshäuser mehrfach dokumentierten Ausweitung der industriellen Produktionskapazitäten im Nationalsozialismus (vgl. Abelshäuser 1993), ist zumindest realhistorisch jedoch keine Flucht in die vorindustrielle Gesellschaft zu verzeichnen. Manfred Lauer mann bringt dies zugespitzt auf den Punkt: „*Es gibt von Anfang bis Ende des Nationalsozialismus eine Innovationsphase der industriellen Produktion. Der Begriff dafür: Rationalisierung, ergo Modernisierung.*“ (Lauer mann 1998, S. 40) Dies ist nicht nur nachträglich erkannt worden. Zeitgenössische Studien belegen, dass das kapitalistische Rentabilitätsprinzip Priorität hatte und den Unternehmen entsprechende Entscheidungsspielräume sicherte. Dies verdeutlicht Ludwig Erhard 1939 am Beispiel der Marktforschung:

„Wenn z.B. im Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums vom 12.11.1936 die Unternehmungen angewiesen werden, sich im Hinblick auf die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit auch der Marktforschung zu bedienen, so kommt darin indirekt zum Ausdruck, daß man der freien Betätigung des Unternehmers auf dem freien Markt keine starren Fesseln anlegen will, und daß auch das Gewinnstreben der privaten Wirtschaft nicht unterbunden werden soll. So erscheinen heute als Träger der modernen Marktforschung wieder die private Wirtschaft, die Gruppenwirtschaft und der Staat nebeneinander, ...“ (Erhard 1939, S. 43).

Auch Erfordernisse der Kriegswirtschaft änderten nichts Grundsätzliches an Erhards Feststellung (vgl. Gehrig 1996). Vor dem Hintergrund der so beschriebenen Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse wird somit weiterhin davon ausgegangen, dass es falsch wäre, den real existierenden Nationalsozialismus insgesamt als antimodernes Projekt zu begreifen (vgl. Prinz/Zitelmann 1991 und als Gegenposition Mommsen 1995, Weisbrod 1995). Um die Frage nach den Arbeitsbedingungen realitätsbezogener empirischer Soziologie beantworten können, sollte man hingegen von der Existenz einer NS-Leistungsgesellschaft ausgehen und nicht von der proklamierten Blut-und-Boden-Idylle. Eine wissenschaftszentrierte Wissenschaftsgeschichtsschreibung, wie sie Lepsius ausgehend von der Bilanzierung der Emigrationsverluste vornimmt, kann nämlich den Zusammenhang von sozioökonomischen Prozessen, gesellschaftlichen Strukturveränderungen und Sozialwissenschaft nicht wahrnehmen, wenn sie sich auf die Selbstdarstellung des NS-Regimes als wissenschaftsfeindlich verlässt.